

Öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Büchenau am 18.09.2023

■ **Jonas Arvidsson**

Au in den Buchen 86a
76646 Bruchsal

2023.09.18: Notizen aus dem Ortschaftsrat

■ **Sven B. Riffel**

Gustav- Laforsch- Str. 59
76646 Bruchsal

info@spd-buechenau.de

Im Folgenden geben wir die Inhalte der Ortschaftsratsitzung vom 18.09.2023 wieder, wie sie inhaltlich verstanden wurden. Es erfolgt kein Anspruch auf Vollständigkeit der wiedergegebenen Inhalte.

Ortsvorsteherin Marika Kramer begrüßt die anwesenden Ortschaftsrät*innen, Frau Klingmüller, stellv. Amtsleiterin Stadtplanungsamt und Frau Thome vom Stadtplanungsamt sowie die Zuhörenden.

Top 1: Stellungnahme der SPD Büchenau zu Top 1 „Masterplan erneuerbare Energien Windenergie: - Suchraumkarte des Regionalverbands – Information und Stellungnahme der Verwaltung“ (Vorlage 213/2023)

Frau Klingmüller spricht die bisher stattgefundenen beiden Energieforen an und weist auf das 3. Energieforum am 25.09.2023 hin. Zukünftig soll der Energiebedarf der Stadt Bruchsal durch einen Energiemix eigenständig gedeckt werden. Um ein Gefühl für eine Größenordnung zu bekommen, führt sie auf, dass für ein Windrad ca. 1 ha Fläche benötigt wird. Um die gleiche Energie über Solarmodule zu decken müssten bereits 12,5 ha Freifläche bebaut oder äquivalent 500 ha Biomasse angebaut werden. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Regionalverband Mittlerer Oberrhein die Planungshoheit hat.

Frau Thome geht auf die Vorlage 213/2023 ein. Sie erklärt unter anderem, dass bei Kernsuchräumen tendenziell keine Konflikte erwartet werden. Bei Suchraumflächen ist abzuwägen, ob diese in Frage kämen. Mit den Nachbarkommunen wurde ebenso gesprochen. Am Ende wird nicht mehr in diese beiden Arten unterschieden, sondern lediglich Vorranggebiete ausgewiesen.

Die Teilfläche Büchenau (Nr. 11) liegt in keinem Verbund von Suchraumflächen. Auf den 11 Teilflächen auf der Gemarkung der Stadt Bruchsal wären 34 Windkraftanlagen möglich; durch die vorgesehene Reduktion der Suchraumflächen ergebe sich rechnerisch eine Anzahl von 12 Windkraftanlagen, von denen derzeit 9 auf städtischen Grundstücken (vorwiegend Waldgebiete) stehen würden. Bezüglich der Waldgebiete teilt Frau Thome mit, dass nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom September 2022 ein ausnahmsloses Verbot von Windkraftanlagen im Wald nicht möglich ist. Besondere Waldbereiche können durch Schutzgebietsausweisungen geschützt werden.

An die Ausführungen von Frau Thome schließen sich die Fragen aus dem Ortschaftsrat Büchenau an:

CDU: Seitens der CDU soll die Grundsätzlichkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien nicht diskutiert werden, dies wird auf höherer Ebene vorgegeben. Somit konzentriert sich die CDU auf den vorliegenden Beschlussantrag, dem die CDU zustimmt. Würde

sich auf die Kernsuchräume konzentriert, würde die vom Land Baden-Württemberg geforderte Quote von 1,8 % in etwa erreicht werden.

Freie Wähler: Wir sind uns einig, dass die Energiewende kommen muss. Die angestrebte Reduktion der Suchraumflächen ist ein Kompromiss gegenüber den betroffenen Stadtteilen. So müssen alle einen Beitrag leisten, um die Energieversorgung zu sichern. Vor allem deshalb, da wir der Verpflichtung gegenüber der kommenden Generationen gerecht werden müssen.

Dennoch gibt es Fragen: Weshalb gerade auf städtische Flächen gesetzt wird? Gibt es eine Schätzung für die erziehbaren Einnahmen für die Stadt Bruchsal? Wie lange dauert der Planungsprozess bis zur endgültigen Umsetzung?

Nach Frau Klingmüller sollen die städtischen Flächen angeboten werden, um einerseits die Einnahmen für die Stadt Bruchsal zu sichern und andererseits deshalb, weil die Stadtverwaltung und damit auch Politik keinen Einfluss auf die Entwicklung auf privaten Flächen nehmen kann. Grundsätzlich definiert der Regionalverband Mittlerer Oberrhein Vorranggebiete und letztendlich liegt es in der Entscheidung des Gemeinderats Bruchsal, ob ein Gelände verpachtet wird.

Die erziehbaren Einnahmen sind schwer abschätzbar; grob könnte man von rd. 100.000 € pro Windkraftanlage und Jahr ausgehen. Bezüglich der Dauer bis zur Umsetzung verweist sie auf die entsprechenden Regularien und Vorgaben, so dass man wohl mit mehreren Jahren rechnen kann.

SPD: Sven Riffel geht auf die Stellungnahme der SPD Büchenau zu Top 1 „**Masterplan erneuerbare Energien Windenergie: [...] (2023.ST01.S0)**“ ein. Die SPD Büchenau unterstützt den Ausbau von erneuerbaren Energien und das Vorgehen der Stadtverwaltung Bruchsal. Grundsätzlich wird die Initiative der Stadt Bruchsal, die Suchraumkulisse auf ein akzeptables Maß und vor allem auf städtische Grundstücke bezogene auf 5,2 % der Gemarkungsfläche Bruchsal zu reduzieren, begrüßt. **Es ermöglicht der Politik - den Vertretenden der Bürger*innen - einen Einfluss auf die Rahmenbedingungen und spätere Umsetzung von Windkraftanlagen zu haben.**

Auf die Einbeziehung der Nachbargemeinden ging Frau Klingmüller bereits ein. So sind weder angrenzend an Karlsdorf-Neuthard noch Stutensee Suchräume vorhanden.

Freie Wähler: Bezüglich des Themas erneuerbare Energien wird angefragt, wie es sich mit der im Bau befindlichen Solaranlage der EnBW verhält? Seitens der Freien Wähler wird angemerkt, dass es bei Wind- und Sonnenenergie um wetterabhängig Energieformen handelt. Was tun, wenn in den kommenden Jahren nicht mehr so viel Wind weht? Dann werden wir wohl den Strom in Frankreich kaufen müssen.

Frau Klingmüller erläutert, dass es sich bei der EnBW um eine eher überschaubare Fläche handelt.

CDU: Was passiert, wenn Stadt Bruchsal diese Flächen generell ablehnt? Kann dann der Regionalverband diese doch ausweisen bzw. umsetzen?

Dann wird der Fokus auf Privatflächen liegen, so Frau Klingmüller.

Ortsvorsteherin Kramer verliest abschließend den Beschlusstext und bittet um Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **8 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltungen**

Top 2: Bekanntmachungen

Die Ortsvorsteherin Kramer verliest folgende Bekanntmachung:

MZH Büchenau: Ortsvorsteherin Kramer berichtet, dass die Mehrzweckhalle wieder genutzt werden kann. Bei Schneefall wird diese dann kurzfristig gesperrt werden.

Theodor-Storm- Straße: Vollsperrung bis 7. Oktober.

Anfrage der Freien Wähler „Aufstellung eines Glascontainers im Bereich Gärtenwiesen/Kleinfeld“ vom 26.06.2023: Die Standorte der Glascontainer werden überprüft und ggf. weitere aufgestellt.

Bürgerbeschwerde „Volle Glas- und Altkleidercontainer sowie zugewachsene Bänke“ (Freie Wähler) vom 26.06.2023: der Rückschnitt am Panoramaweg erfolgt gemäß dem Grünflächenpflegeplan. Der Ortschaftsrat Büchenau regt an, diesen Bereich im sog. Dauerauftragkatalog höher zu priorisieren und den Termin nach vorne zu legen, sodass dieser vor der Badesaison zurückgeschnitten wird.

Anfrage der SPD Büchenau bezüglich **„ausreichende Schattenmöglichkeiten auf Spielplätzen“ (2023.GS03.A1)** vom 26.06.2023: die Bestattung von Spielplätzen erfolgt ausschließlich durch Bäume.

Anfrage der SPD Büchenau bezüglich **„Personalstand Kindergarten Büchenau“ (2023.GS02.A1)** vom 26.06.2023: Laut Verrechnungsstelle Bruchsal ist die Personalsituation insgesamt sehr angespannt. Die Personalsuche stellt sich als schwierig heraus. Der Kindergarten Büchenau wird mit einer neuen Gruppe starten, die zweite Gruppe kann erst eröffnet werden, wenn ausreichend Personal vorhanden ist. Ferner teilt Frau Kramer mit, dass die Eröffnung des neuen Kindergartens Mitte November stattfinden wird.

Bürgeranfrage zum Thema Geschwindigkeitsanzeige in der Albert-Einstein-Straße vom 26.06.2023: die Stadt Bruchsal teilt mit, dass die Bitte um eine Geschwindigkeitsanzeige an den zuständigen Bereich weitergegeben wurde. Die Geschwindigkeiten werden dort turnusmäßig überprüft und weisen seit 2022 weit unter 5 % an Verstößen auf.

Verkehrsschau Büchenau: Die Ergebnisse der Verkehrsschau sollen im Oktober dem Ortschaftsrat vorgestellt werden.

Einhaltung der Verkehrsregelung an der Hirtengasse/Bankgässle (CDU): Die beiden Durchfahrtstraßen sind auch als Schulweg ausgewiesen und wurden zur Kontrolle stadintern weiter gemeldet.

Umleitungsverkehr während Sperrung der L 558 - Lichtsignalanlage an der Einmündung Untergrombach/Staffort“: Laut Ortsvorsteherin Kramer hat es hierzu viel Verkehr gegeben. Die Schaltung der Lichtsignalanlage wurde nachgebessert; laut Regierungspräsidium sei es ohne Lichtsignalanlage während der Umleitung an diesem Knotenpunkt zu gefährlich. Ein Lkw-Durchfahrtsverbot prüft die das RP Karlsruhe. LKWs über die Hubertustraße zu leiten ist wegen einer Baumaßnahme (Kran) nicht möglich und würde durch die Einbahnstraßenregelung auch zu erhöhten Geschwindigkeiten führen. Laut Frau Kramer sollen die Baumaßnahmen bis Anfang Oktober abgeschlossen sein.

TOP 3: Anträge und Anfragen aus dem Ortschaftsrat

Hinweis „Sperrung Spöcker Straße“: Die Freien Wähler weisen darauf hin, dass der Halteverbotsbereich erst ab der Pontnewyddstraße erfolgt und nicht bereits im Kurvenbereich. Ortsvorsteher Kramer fragt bei der Stadtverwaltung Bruchsal diesbezüglich nach.

Hinweis „Überprüfung der Parksituation in der Au in den Buchen“ der CDU: das Ordnungsamt Bruchsal wird gebeten die Parksituation in der Au in den Buchen zu kontrollieren; teilweise wird dort komplett auf dem Gehweg geparkt.

Anfrage der Freien Wähler „Halteverbot Au in den Buchen“: Die Freien Wähler fragen an, ob das derzeit bestehende Halteverbot in der Au in den Buchen nicht dauerhaft eingerichtet werden kann?

Anfrage der Freien Wähler „Baggersee Fahrteich“: Auf der Fläche hinter dem Grundstück der Firma Bergmeier, im Baggerseebereich und auch im Wendehammer (Gewerbegebiet) wird geparkt, gefeiert und auch Abfall abgelagert. Die Freien Wähler fragen, ob eine Abschränkung im Bereich Wendehammer und von Richtung Kieswerk eingerichtet werden kann, um das Befahren der Flächen und des Feldweges zu unterbinden oder ob dort öfters durch den Ordnungsdienst kontrolliert werden könnte? Der Ortschaftsrat Büchenau bittet um entsprechende Abhilfe.

TOP 4: Bürgerfragestunde

Ein Bürger weist auf den desolaten Zustand des Zwiebdachturmes am Pfarrzentrum Büchenau hin. Dort sollte unbedingt das Holz abgeschliffen und neu gestrichen werden. Ebenso ist dieser komplett zugewuchert.

Ortsvorsteherin Kramer klärt die Zuständigkeiten.

Der Ortschaftsratssitzung wohnte 1 Bürger bei.